

Digitale Demokratie.

Das Internet im Spannungsfeld zwischen moderner Demokratietheorie und politischer Praxis.

Von Lisa Fuchs, MSc

„Keine Sorge, die schönsten Sachen im Leben gehen auch nach wie vor nur offline. Aber alles was die digitale Demokratie angeht, wollen wir mal auf den Kopf stellen und neu denken.“ (Heuermann/Reinhard 2009, 9)

Tatsächlich, das Web stellt alles auf den Kopf. Es mischt sich plötzlich in die Medienlandschaft ein: Zeitungen und Zeitschriften kreieren Websites, legen Facebook-Profile an, lassen Applikationen für iPhones und iPads programmieren, twittern die neuesten Meldungen, bieten Podcasts an, stoßen in den Inseratenmarkt mit Bannerschaltung vor, binden Videocasts ein und verlinken all das noch miteinander. Fernsehstationen stellen ihre Sendungen online zur Verfügung, lassen die ZuseherInnen über das Programm mitentscheiden, rufen zum Voting per Mausklick für die besten DiskutantInnen beim Polit-Talk auf, beantworten in Live-Sendungen per Mail, Twitter und Facebook eingelangte Fragen. Radiosender veröffentlichen ihre Playlists, Musikwünsche werden über Social Networks eingefangen und die ModeratorInnen rufen On-air dazu auf, sie als friends auf Facebook zu adden.

Das Web mischt sich plötzlich in die Politik ein: Parteien stellen Social Media Beauftragte ein, inkludieren Online-Task-Forces in ihre Kampagnen-Teams, legen Flickr- und Youtube-Accounts an, produzieren virale Mitgliederwerbespots und lassen sich bei E-Votings digital wählen. Verwaltungen vernetzen ihre MitarbeiterInnen via Intranet, die einander und ihre GeschäftspartnerInnen wiederum auf Xing ausfindig machen. NGOs rufen via Facebook zum Spenden auf, eröffnen Blogs und erfinden sensibilisierende Online-Minigames. Protestbewegungen mobilisieren SympathisantInnen via Social Media, übertragen Diskussionen zeitecht in Ton und Bild mit Livecastings, dokumentieren ihr Wissen in eigenen Wikis und gewähren Einblicke in Demonstrationen mit TwitPics.

Und nicht zuletzt mischt das Web sogar sich selbst auf: Netzpolitik ist ein eigenes Politikfeld geworden, das sich der gesamten Web-Klavatur bedient.

Sie alle liken, sharen, posten, comparen, adden, ignorieren, followen, tweeten, retweeten, commenten, createn, embedden, loaden up, loaden down, taggen, bloggen, linken und trackbacken.

Zwar spinnt sich das Netz nicht derart engmaschig wie oben gezeichnet, es entwickelt sich dennoch zu einer Querschnittsmaterie. Die Informations- und Kommunikationstechniken weiten auch ihren Einfluss auf politische Information, politische Partizipation und politische Kommunikation immer mehr aus. Was daran neu ist? Die UserInnen stehen nun im stehen im Mittelpunkt.

Aber was bedeutet dies für die Demokratie? Sind wir für die Verschmelzung von Digitalität und Politik schon bereit? Welche Vor- und Nachteile hat die Mitbestimmung per Mausklick? Und kann das für eine perfekte Demokratie hinderliche Raum-/Zeit-Dilemma durch das Internet gelöst werden?

Digitale Demokratie ist ein Konzept, das moderne, repräsentative Demokratien ergänzt und bereichert. Politische Prozesse und Strukturen werden geschaffen, die durch das Internet möglich und erwünscht geworden sind. Die digitale Demokratie soll also keinesfalls bestehende politische Systeme oder Strukturen aushebeln, sie hat aber sehr wohl Auswirkungen auf diese und die politische Kultur (vgl. Meißelbach 2009, 75-77). „Digitale Demokratie bedeutet im Kern, politische ‚Signale‘ und Informationen auf neuen Kanälen zu senden.“ (Siedschlag 2003, 13)

Digitale Demokratie unterscheidet sich von der elektronischen Demokratie und der Cyberdemokratie zum einen dadurch, dass der Begriff „digital“ semantisch das Internet als zentrales Element sieht und sich somit auch von anderen Informations- und Kommunikationstechniken abgrenzt. Zum anderen versucht das Konzept der digitalen Demokratie sein Hauptaugenmerk darauf zu legen, welche kommunikativen Potentiale eine Demokratietheorie in sich trägt. Das Konzept ist theorieübergreifend und findet seine Bedeutung erst in der Kombination mit einer Demokratietheorien (vgl. Meißelbach 2009, 75-77), wie beispielsweise der kompetitiven, der pluralistischen oder der partizipatorischen Demokratietheorie.

Der Forschungsstand im Bereich der Theorien rund um das Zusammenspiel von Internet und Demokratie hat im letzten Jahrzehnt gezeigt, dass den meisten Arbeiten eine optimistische Ausgangsposition zugrunde lag. Potentiale wurden häufig nur aus der Sicht einer günstigen, oft der partizipatorischen Demokratietheorie heraus betrachtet und interpretiert. Die Fronten zwischen den Netz-OptimistInnen und den Netz-PessimistInnen verhärteten sich dadurch. In der jüngsten Vergangenheit hat sich der Diskurs auf eine wertfreiere Ebene verlagert. Das Büro für Technikfolgenabschätzung am Deutschen Bundestag spricht 2006 vom „zweiten Blick auf die Rolle des Internets“ (Meißelbach 2009, 75 nach Grunwald et al. 2006). Potentiale werden nun weitgehend differenziert analysiert und das Konzept der digitalen Demokratie setzt sich durch (vgl. Meißelbach 2009, 75-77).

Der Brückenschlag von den theoretischen Ideen hin zu einer Verankerung digitaler Demokratie in die politischen Systeme erweist sich als schwierig. Von großer Bedeutung ist daher die Beobachtung der Entwicklung von Initiativen und Konzepten, die das Netz als Werkzeug der Demokratie einsetzen:

#buergerInnenhaushalte #change.gv #digitaltownhallmeetings #e-government #e-voting #egypt #grassroots #gruenevorwahlen #heifi2010 #iran #libyen #liquiddemocracy #obama #ofa #opengovernmentdata #plinio50 #s21 #tea #unibrennt #ziegelstein #uvm

Grunwald, Armin/ Banse, Gerhard/Coenen, Christopher/Hennen, Leonhard: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin 2006.

Heuermann, Hendrik/Reinhard, Ulrich: Reboot_D – Digitale Demokratie. Alles auf Anfang. Neckarhausen 2009.

Meißelbach, Christoph: Web 2.0 - Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden 2009.

Siedschlag, Alexander: Politische Annäherung an die digitale Demokratie, in: Rogg, Arne (Hg.): Wie das Internet die Politik verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen. Opladen 2003.